

Pribilla, M., S. J. Religionsloser Moralunterricht. 13. Heft der Flugschriften der „Stimmen der Zeit“ (30). 90 Pf.

Quadrupani, P. Karl Josef. Anleitung zur wahren Gottseligkeit. Deutsch bearbeitet und mit Anmerkungen versehen von Dr. Ewald Bierbaum. Zehnte Auflage (21. bis 23. Tausend). Herausgegeben von einem Priester des Franziskanerordens (Aesthetische Bibliothek). 12° (XII u. 184) Freiburg i. Br. 1919, Herdersche Verlagshandlung. M. 3.20; geb. M. 5.20 (dazu die im Buchhandel üblichen Zuschläge.)

Schall-Koski, Klara Ida. Geheiligt werde Dein Name! Gedanken und Erwägungen der gottliebenden Seele vor ihrem Meister im Tabernakel. Nach P. Peter Josef. Eymard. H. 12° (VIII u. 90) Freiburg i. Br. 1919, Herdersche Verlagshandlung. Geb. M. 3.50 (dazu die im Buchhandel üblichen Zuschläge.)

Schlögl, Dr. Rivaud. Der biblische Schöpfungsbericht. Heft 7 der religionswissenschaftlichen Reihe der „Studentenhefte“, herausgegeben vom Wiener Studentensekretariat (30) 1920, Volkshundverlag. K 1.50, M. —.70.

Schrott-Fiechtl, Hans. Die Magd der Enkelin. Köln am Rhein, J. P. Bachem. M. 10.—.

Stubenberg, Mathilde zu. Licht. Ein stilles Buch für stille Menschen. Verlag Ullr. Mörsers Buchhandlung in Graz. K 28.—; geb. K 38.—.

Temming, Th. Der barmherzige Samaritan. Religiöse Erwägungen über Krankenpflege nebst Gebeten. Mit Titelbild und Kreuzwegbildern nach Prof. R. von Feuerstein und Buchdruck von Kunstmalerei Wilh. Sommer. Format 82:141 mm (560). Einsiedeln, Benziger u. Co.

Wasmann, Erich, S. J. Haefels Monismus eine Kulturgefahr. Vierte, vermehrte Auflage der Schrift „Ernst Haefels Kulturarbeit“. 8° (XII u. 112) Freiburg i. Br. 1919, Herdersche Verlagshandlung. M. 3.— (dazu die im Buchhandel üblichen Zuschläge.)

Wolpert, Leo. Christi Tod und Glorie. Sieben Fastenlesungen und eine Osterlesung (48). Paderborn, Ferdinand Schöningh. M. 1.10.

Kalender für 1920.

Herders Wochentalender 1920. Freiburg i. Br. 1919, Herdersche Verlagshandlung. M. 2.80 (dazu die im Buchhandel üblichen Zuschläge.)

Sakraments-Kalender für das Jahr 1920. Herausgegeben zum Besten der Sakramentskirche (Corpus Christi) Berlin, Thorner-Straße 64. Von Karl Hoheisel, Pfarrer. X. Jahrgang.

Schuhengel-Kalender 1920. Verlag Tyrolia, Innsbruck. Pro Stück K 1.60; von 10 bis 100 Stück K 1.60 (K 1.07); über 100 Stück K 1.60 (K —.96).

Kirchliche Zeitläufe.

Von Peter Sinthern S. J.

1. Der Kulturkampf in Oesterreich. Vorbemerkungen. — 2. Popper, God und Glück. — 3. Glücks Programm. — 4. Vorstoß der Chereformer. — 5. Kein „Zwang“ zu religiösen Uebungen. Pläne gegen die christlichen Lehrer. — 6. Volkswissenschaftliche Pädagogik. Sernuelle Aufklärungen. — 7. Terroisierung der christlichen Lehrerschaft. — 8. Vorstoß für ein Staatsschulmonopol. — 9. Neue Eheentwürfe und bedenkliche Ehebismensen. — 10. Sozialisierung der klösterlichen Krankenhäuser.

1. **Der Kulturkampf in Oesterreich. Vorbemerkungen.** Es ist an der Zeit, einen Blick auf das religiöse Ringen in Oesterreich zu werfen. Bis zu einem gewissen Grade ist es natürlich dasselbe Bild wie anderswo. Es hat

aber auch seine charakteristischen Eigentümlichkeiten. Denn Oesterreich, auch das heutige, ist bekanntlich ein Ding für sich und die Loge versteht es meisterhaft, ihre Taktik den besonderen Verhältnissen eines jeden Landes und Volkes anzupassen.

Durch die aussichtslosen, nationalen Kämpfe der jüngsten Vergangenheit zermürbt, haben die österreichischen Katholiken niemals jene feste Stütze gehabt, welche den deutschen Katholiken das Gefühl der nationalen Einheit bot. Man fand es im alten Oesterreich selbstverständlich, daß ein jeder sich offen und frei zu seiner Nation bekannte. Für die Deutschen allein machte man eine Ausnahme. Wer in noch so maßvoller Weise für die Interessen des deutschen Volkes eintrat, galt als Alldeutscher, was in den Augen der slawischen Katholiken um so mehr verding, als die wirklichen Alldeutschen aus ihrer Verfolgungssucht gegen Kirche und Christentum kein Gehl machten und die eifrigsten Förderer der Los-von-Rom-Propaganda waren, obschon ihr Anhang im deutschen Volke Oesterreichs gewiß nicht größer war, als der der radikalsten Religionsstürmer im Tschechenlande. Im Interesse des Zusammenhaltes der Völkermonarchie haben die deutschen Katholiken Oesterreichs als gute Staatsbürger manches schwere Opfer gebracht. Nach dieser Richtung weht jetzt ja reinere Luft, wenn auch die plötzliche Begeisterung der österreichischen Sozialdemokratie für das Deutschtum — aus taktischen Gründen — eine ungemischte Freude noch nicht recht a.kommen läßt.

Die Initialen F. J. I. auf dem Franz-Josefs-Orden deutete bekanntlich der Wiener Volkswitz „Für jüdische Interessen“, womit der überwiegende Einfluß des Judentums angedeutet werden sollte, zu dem dieses rassenfremde, überall zersetzend wirkende Volk unter der Regierung des „liberalen“ alten Kaisers emporgestiegen war. In Deutschland hat man den Antisemitismus der Wiener Christlichsozialen nie verstanden und versteht ihn heute noch nicht, obschon sich auch in Deutschland die Dinge bedenklich an österreichische und Wiener Verhältnisse angenähert haben. Man versteht das freilich, wenn man die Antisemiten in Deutschland Katholiken und Juden in einen Topf werfen und ihre Abneigung gegen den korrumpierenden Einfluß des Judentums bis zur Verwerfung und Befehdung des Alten Testaments forttreiben sieht. Von solchen Neigungen sind die Wiener Christlichsozialen vollkommen frei. Aber der verhängnisvolle Einfluß des Judentums in Oesterreich und ihr jeder Vernunft und jeder Sitte hohnsprechendes Gebaren sind Tatsachen, an denen kein aufrichtiger Volksfreund vorbeikommen kann. Gegen diese Verjudung Oesterreichs anzukämpfen, ist Pflicht jedes Christen und jedes Deutschen. Juden sind es auch jetzt wieder, welche die eigentlichen treibenden Kräfte des neuen Kulturkampfes sind.

Hut ab vor einem Juden, der ein aufrichtiger Christ geworden ist und in der Vertiefung in die Wahrheiten des Christentums und im Gebrauche der Gnadenmittel das aufhebende Gegengewicht gegen die ererbten und anerzogenen Rassenunarten des Judentums gefunden hat; aber ihrer sind sehr wenige, sie sind ein erfreuliches Gegenstück zu jenen Christen, welche durch ihren namentlich freimaurerischen Verkehr zu den reinsten Juden geworden sind und von diesen gerne dort vorgeschoben werden, wo die Person des Juden doch zu aufreizend wirken würde. Die bloße Taufe ändert natürlich den Juden nicht, weder seine Rasseneigentümlichkeiten noch sein Zusammengehörigkeitsgefühl mit dem Judentum, noch auch im Grunde seine Religion. Es ist unüberlegt, wenn man sagt, daß wir „natürlich“ an der Religion des Juden nichts anzusehen haben und in ihr keine Gefahr für unser deutsches und christliches Volk erblicken. An Moses, so wie Christus ihn verstanden hat und die Kirche ihn versteht, haben wir allerdings nichts anzusehen. Aber darum auch nichts an Moses, so wie die Pharisäer ihn verstanden, so wie der Talmud und Schulchan Aruch ihn versteht und wie die „orthodoxen“ Juden ihn heute noch verstehen? Ob der einzelne Jude den

Talmud liest oder nicht, ist ganz gleich, die Rabbiner lesen ihn ganz gemäß und auf jeden Fall ist die religiöse Tradition der Juden mit dem zu irdischer Welt Herrschaft des Judentums ungedeuteten Messiasideal, das selbst den Reformjuden und dem nur aus äußeren Gründen konvertierten Juden noch immer im Blute steckt, direkt oder indirekt aus dem Talmud geschöpft. Und daher, also aus den religiösen Schriften der Juden selbst, erklärt sich auch jener tiefe und unausrottbare Haß des Juden gegen jeden Nichtjuden und insbesondere gegen jeden Christen, der nach dem offenen Geständnisse des zionistischen Juden Cheskel Zwi Klöfel dem Juden einfach im Blute liegt und ein Stück seines Wesens ist, auf dessen freie Entfaltung er ein Recht zu haben glaubt. Es ist doch wirklich nicht objektiv, wenn man aus vermeintlicher „Objektivität“ diesen tatsächlichen Sachverhalt verschleiert, der allein das Gebaren der Juden erklärt, sowie wir es alle Tage mit unseren eigenen Augen sehen. Man würde auch mit dem Gebote der Wahrheit, von dem der Klugheit zu schweigen, in Widerspruch kommen, wollte man das Gebot der Feindesliebe so verstehen, daß wir dem, der unser Feind sein will und ist diese Eigenschaft absprechen müßten. Nach beliebiger Art hat jüngst ein Rabbiner in der „Kölnischen Volkszeitung“ verschiedene schöne Sprüche aus den jüdischen Religionsbüchern angeführt, um zu zeigen, daß dem Juden Liebe gegen alle geboten sei. Er hätte aber zeigen müssen, daß es nicht in denselben Büchern dicht daneben auch ganz andere Sprüche gibt, aus denen der Jude das direkte Gegenteil herauslesen wird und daß die rabbinische Rabulistik ihm nicht immer die Befolgung gerade letzterer gestattet oder ihm gar zu Pflicht macht. Selbst wenn Briman ein Schurke war, ist sein Judenspiegel und Eckers Gutachten darüber nicht aus der Welt geschafft und alle Wutentladungen und Verleumdungen der Juden gegen Ecker sind keine sachliche Widerlegung seiner Kritik an Brimans Judenspiegel und keine Widerlegung des Judenspiegels selbst. Hie Rhodus, hie saltal! Diese Vorbemerkungen waren notwendig, um den österreichischen Kulturkampf, der in Wahrheit in erster Linie ein Kampf des Judentums gegen das Christentum ist, zu verstehen.

2. Popper, Hock und Glöckel. Es wurde bereits früher einmal darauf hingewiesen, daß ein radikales Kulturkampfprogramm ganz nach französischem Muster von der neuen Wiener Großloge aufgestellt und in der „Wiener Freimaurerzeitung“ von dem Juden Simon Popper dargelegt wurde. Gleich nach dem Umsturz hob die Loge den als Judenstämmeling, Freimaurer, „Ehereformer“ und Hauptagitator der „Freien Schule“ bekannten Baron Hock als Unterrichtsminister in den Sattel, der aber bereits am 20. November sein Amt zurücklegte, weil er nicht die Möglichkeit sehe, seine Absicht auf Trennung von Kirche und Staat durchzuführen. Hocks Ernennung war die denkbar schärfste Herausforderung des christlichen Volkes durch die Loge und ihrer Handlanger, die Sozialdemokratie, welche die Christlichsozialen als koalitierte Partei um keinen Preis dulden durften; und darum ging Hock. Nun wurde sein Gesinnungsgenosse und Mitkämpfer von der „Freien Schule“, Otto Glöckel, nachgeschoben; derselbe Zwirn, nur eine andere Nummer. Die Christlichsozialen ließen es geschehen und ertrugen ihn, wie Preußen seinen Hähnisch und Bayern seinen Hoffmann — alle drei Volksschullehrer; auch bei späteren Kombinationen hielten die Sozialdemokraten, das heißt die Loge, zähe an „ihrem“ Glöckel fest, weil er geschmeidig und zungengeübt, aber ohne jede tiefere Einsicht und Bildung für die Ausführung ihrer Pläne in besten zu brauchen ist. Daß er nur Sprachrohr und Werkzeug anderer hinter ihm stehender Leute ist, geht aus der ganzen Aufmachung des österreichischen Kulturkampfes klar hervor.

Glöckel ist natürlich „überzeugter“ Sozialdemokrat und Atheist, wie sich noch klarer zeigen wird. Von ihren „großen“ jüdischen Führern haben sie jedoch alle die Hinterhältigkeit, Unaufrichtigkeit und Verschlagenheit gelernt, womit namentlich Frauen und Bauern gegenüber das Sächchen „Re-

ligion ist Privatsache" allmählich so schön psychologisch abgewandelt wird, daß es zuerst einen der Religion nicht unfreundlichen, dann einen neutralen und endlich einen religionsfeindlichen Sinn erhält, entsprechend dem unter „pädagogischer“ Einwirkung steigenden „Fassungsvermögen“ der Geleiteten. In dieser Psychologie und Pädagogik ist Herr Glöckel Meister. Und auch in der verblüffenden Redheit, mit der nicht selten die radikalsten Bekenntnisse und Forderungen dicht neben die glattesten und humansten Versicherungen hingestellt werden, im Vertrauen auf die durch die Erfahrung leider immer wieder bestätigte Urteilslosigkeit des P. T. Publikums, zu dem leider auch nicht wenige höchst ehrenwerte Volksvertreter gehören.

3. Glöckels Programm. Es gehörte natürlich keine Prophetengabe dazu, wenn Glöckel schon im März 1916 in einer Versammlung der „Freien Schule“, nach dem Kriege ähnlich wie 1866, eine Schulreform kommen sah, die vielleicht einen Neuaufbau des ganzen Schulwesens bringen werde. Die religiösen Übungen, die Gesinnung der Schulleiter, die Exerzitien, der Einfluß der Politik auf die Schule waren schon damals seine Schmerzen. Die Kirche solle nur fürs Jenseits sorgen und dafür volle Freiheit haben — man weiß, was das im Munde eines Sozialdemokraten, der an kein Jenseits glaubt, der den Jenseitsglauben für einen Volksbetrug und Aberglauben und sich selbst zur Befreiung des Volkes von diesem Aberglauben berufen hält, zu bedeuten hat. Für das Diesseits habe der Staat zu sorgen — das heißt nach sozialdemokratischer Auffassung, für alles und jedes und ohne Rücksicht auf eine einseitige Bestimmung und Aufgabe des Menschen. Darum Trennung von Kirche und Staat, volle Staatshoheit über die Schule und Ordnung des ganzen Schul- und Erziehungswesens durch den Staat allein, der Unterricht in den „konfessionellen“ Glaubens- und Sittenlehren ist den Religionsgesellschaften freizustellen — sehr gnädig, offenbar mit der Möglichkeit, dem Staat die Bahn für einen „nichtkonfessionellen“, „allgemeinen“ Religions- oder religionsgeschichtlichen Unterricht freizulassen. Ausdrücklich stellt Glöckel sein Programm dem des „Katholischen Schulvereines“ entgegen, natürlich weil ihm die Forderung nach einer Erziehung auf religiös-sittlicher Grundlage nicht behagt.

Glöckel ist sich bewußt, daß es sich hier um Weltanschauungsfragen handelt. Oft sucht er sich den Anschein zu geben, als ob es sich bei der Schulreform und insbesondere bei der seinen um rein „fachliche“ oder „fachliche“ Dinge handle, die mit Politik und Weltanschauung nichts zu tun haben oder doch nichts zu tun haben sollen. Er bemängelt an der alten Schule, daß sie zu oft als politisches Kompensationsobjekt gegolten habe, hat sich aber dagegen, seitdem er in Amt und Würden ist, ein allerdings sehr radikales Mittel ausgedacht. So meinte er einmal in Wien-Mauer, es sei immer so gewesen und nahm das jetzt auch für seine Partei in Anspruch, daß die jeweils herrschende politische Partei die Schule nach ihren Wünschen gestaltet habe. Er nimmt also für sich und seine Partei das Recht in Anspruch, dem christlich-deutschen Volke Österreichs eine im jüdisch-marxistischen Geiste geleitete Schule aufzuzwingen. Am 24. Juli meinte er im Ausschusse der Nationalversammlung gelassen und seine Äußerung zeigt, daß ihm die Idee des ersten und kostbarsten der „Menschenrechte“, der Religions- und Gewissensfreiheit bis heute noch nicht aufgegangen ist, die Frage der Trennung von Kirche und Schule, bei der es sich um eine kulturpolitische, außerordentlich bedeutungsvolle Entscheidung handle, könne nur durch das politische Kräfteverhältnis entschieden werden. Wie sagt doch Goethe von der Majorität: „Nichts ist widerwärtiger, als die Majorität, denn sie besteht aus wenigen kräftigen Vorgängern, aus Schelmen, die sich affomobieren, aus Schwachen, die sich assimilieren und aus der Masse, die nachtrollt, ohne im geringsten zu wissen, was sie will.“ Und die Gewissensfreiheit, die logischerweise nicht nur die Freiheit zu leugnen, sondern auch und noch viel mehr die Freiheit zu bekennen sein muß, und erst gar die religiöse Frei-

heit, die nicht nur eine Freiheit zum Unglauben und zum Atheismus, sondern auch und vor allem die Freiheit zu dem allein staatserkhaltenden Gottes- und Jenseitsglauben sein muß, sie muß erst recht außerhalb jedes politischen Experimentes bleiben. Darin, daß Glöckel davon keine Ahnung hat, zeigt sich der Mangel an jeder tieferen Begabung bei diesem Unterrichtsminister.

Man höre nur, was der sozialdemokratische Stadtrat Speiser im Organ der „Freien Schule“ schreibt, was zugleich für die ganze Taktik des schleichenden Kulturkampfes sehr bezeichnend ist: „Was in dem Schulprogramm des (freimaurerisch-jüdischen) Vereines ‚Freie Schule‘ an Schulreformplänen und Schulreformgrundsätzen niedergelegt, wohl geordnet und zusammengefaßt wurde, was seine Vorläufer in den Schulprogrammen wirklich fortschrittlicher (lies: waschecht freimaurerischer) Parteien, insbesondere der sozialdemokratischen Partei und der Lehrpartei der ‚Jungen‘ hatte, das alles wird nun irgendwie angepakt, ins Rollen gebracht, vorbereitet und, wie es nur möglich ist, durchgeführt. Es geht natürlich nicht alles auf einmal. Gewisse heikle, schulpolitische Fragen, die die Weltanschauungskämpfe in ihrer vollen Gewalt aufrollen müßten, werden bei der Reformarbeit nicht in den Vordergrund gerückt. Diese großen Fragen brauchen zu ihrer Lösung (im gewalttätigen freimaurerischen Sinne!) eine tragfähige Mehrheit in der Nationalversammlung. Daß aber trotzdem auch mit den Weltanschauungsfragen, die mit der Schule im Zusammenhang stehen, bedeutsame Erfolge zu erzielen sind, zeigt die Behandlung der religiösen Uebungen durch den bekannten Erlaß des Unterstaatssekretärs Glöckel. Ähnlich werden für die Uebergangszeit andere Weltanschauungsfragen zu behandeln sein, wozu ja z. B. in Wien auf dem Gebiete der praktischen Schulverwaltung des öfteren Gelegenheit sein wird. Die ‚Freie Schule‘ darf ihre Aufgabe, hier Wächterin und Drängerin zu sein (eine Rolle übrigens, die Popper in der Wiener Freimaurerzeitung für die Freimaurerei überhaupt in Anspruch nimmt!), nicht vernachlässigen.“

Sehen wir etwas genauer, was und wie es Herr Glöckel und seine Freunde „ins Rollen gebracht“ haben. Daß nach den tiefgreifenden Zerstörungen, die ein langer Krieg, die verhängnisvolle Revolutionspielerei und ein Friede, der keiner ist, auch an der Schule vollbracht haben und nach den Erfahrungen, um die wir seit sechs Jahren reicher geworden sind, gewaltige Arbeit zum Wiederaufbau unseres gesamten Schulwesens zur dringenden Notwendigkeit geworden ist, ist selbstredend, sie müßte von jedem anderen Unterrichtsminister ebenso geleistet werden. Nur daß man in Kreisen praktischer Schulmänner von sinnlosem Experimentieren spricht, von unüberlegten, unausführbaren Maßregeln, von der überstürzten Ausführung sehr problematischer Pläne, von einem „Wissen ohne Vorstellung“. Wo es sich um das kostbarste Volksgut handelt, um ein Ding, das so heikel wie das Schulwesen ist, sollten ja auch diese Bedenken durchaus nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Doch es handelt sich hier für uns um noch wichtigere Dinge, um die planmäßigen Versuche zur etappenweisen Entchristlichung unseres Volkes und unserer Jugend.

4. Vorkopf der „Ehereformer“. In richtiger Erwartung der kommenden Dinge hatten die österreichischen Bischöfe in ihrem Hirtenbriefe vom 23. Jänner 1919 in ausführlicher Weise die brennenden Zeitfragen behandelt und waren dabei im besonderen auf die Schlagworte: „Trennung von Kirche und Staat!“, „Freie Schule!“ und „Freie Ehe!“ zu sprechen gekommen, indem sie die katholische Lehre von der Ehe eindringlich darlegten. Gerade zur rechten Zeit. Denn eben war im Justizauschuß der provisorischen Nationalversammlung ein Beschluß angenommen worden, nach dem die Untrennbarkeit der katholischen Ehe im neuen Staate nicht mehr anerkannt und eine Wiederverheiratung der „katholisch Geschiedenen“ anerkannt werden sollte: das Hauptziel der „Ehereformer“,

die im alten Oesterreich eine bekannte Erscheinung waren. Gestützt auf diese Truppe, glaubte man den Kulturkampf mit der „Chereseform“ eröffnen zu können. Die christlichen Ehen sollten gelockert und zugleich die jüdischen gefestigt werden, indem die bei den Juden bisher mögliche einverständliche Lösung der Ehe aufgehoben und eine Auflösung nur mehr aus den allgemeinen gesetzlichen Gründen gestattet sein sollte. Die Wortführer waren die beiden fremdbräutigen Dr. Ofner und Dr. Neumann.

Schon am 22. Jänner wurde ein Protest sämtlicher katholischer Vereine eingereicht. Die Trennbarkeit der katholischen Ehe, so erklärte Ofner am 24. Jänner in der Nationalversammlung, solle nur ein erster Schritt zur vollen Vertragsfreiheit in der Ehe sein. Der Hauskulturkämpfer der „Arbeiterzeitung“, Leuthner, meinte, mit solch halber Arbeit sei nichts getan, man solle lieber gleich das Ziel als Ganzes ins Auge fassen. Die Christlichsozialen Dr. Fuchs und Dr. Schöpfer verteidigten mit Klarheit und Kraft den grundsätzlichen Standpunkt. Am 25. Jänner wurde der Antrag mit 62 gegen 52 Stimmen durch Uebergang zur Tagesordnung im christlichsozialen Sinne erledigt. Von den Deutschnationalen stimmten 26 mit den Juden, 11 mit den Christen, 20 enthielten sich der Abstimmung und führten dadurch die Entscheidung herbei.

Die „Arbeiterzeitung“ des Juden Dr. Austerlitz fauchte wie eine Katze: „Die Wahrheit über diese Ablehnung ist: Die Bischöfe und Erzbischöfe diktieren und die Republik vollführt ihr Diktat! Deshalb kann und wird diese Abstimmung nicht ohne folgenschwere politische Wirkung bleiben.“ Daß die Revolutionsjuden „folgenschwere politische Wirkungen“ hervorzubringen verstehen auf Kosten des christlichen Volkes, wissen wir heute allerdings gut genug. In einem über 90% aus katholischen Christen bestehenden Staate halten sie auch offenbar, eine solche einmal angenommen, aber nicht zugegeben, eine Diktatur bodenständiger Bischöfe und Erzbischöfe für unerträglicher, als eine Diktatur hergelaufener Juden. Der Jude Austerlitz kühlte dann noch gleich am 2. Februar sein Rütchen an den Bischöfen, indem er unter der Ueberschrift „Vetrogener Glaube“ darzutun suchte, die Bischöfe hätten das Volk in ihren Hirtenbriefen vier Jahre lang irreführt, indem sie ihm den Sieg verheißten und indem er in einem weiteren Artikel: „Die Bischöfe und Erzbischöfe gegen die Republik. Aus ihrem gemeinsamen Hirtenbrief“ (aus der Zeit der Monarchie, wo sie für die Autorität des Kaisers, gegen die demagogischen Umtriebe und gegen die Verleumdungen gegen das Kaiserhaus auftraten!), den Bischöfen der Republik gegenüber ganz mit Unrecht den Vorwurf machte, als dächten jetzt sie von dem praktischen Gehorjam gegen die Republik etwa so — wie die Sozialdemokraten, allen voran der Jude Austerlitz, zur Zeit der Monarchie von dieser dachten. Der Merkwürdigkeit halber sei noch gleich erwähnt, daß auch Glöckel in der Nationalversammlung erklärte, daß er ein Verhalten der Kinder zu religiösen Uebungen von Seite der Schule für unvereinbar mit der Republik halte, woraus man nicht ohne Grund schließen könnte, daß Glöckel selbst nicht auf dem Boden der Republik, sondern eines nur den Namen Republik tragenden Freimaureergebildes steht.

5. Kein „Zwang“ zu religiösen Uebungen. Pläne gegen die christlichen Lehrer. Nulla dies sine linea, dachte sich Herr Glöckel und schon bald begann die hohe Unterrichtsverwaltung zu verkünden, die Mittelschüler könnten sich ja nach dem Erlass von anno 1870 von den religiösen Uebungen freimachen. Darauf leitete der eben gegründetewadere „Christlich-deutsche Studentenbund“ in der Bundesversammlung vom 26. März eine Sammlung von Unterschriften für Beibehaltung des pflichtmäßigen Religionsunterrichtes an den Mittelschulen in die Wege: 80% erklärten sich für die Beibehaltung des Religionsunterrichtes, wie sich denn überhaupt unter unserer studierenden Jugend in erfreulicher Weise ein Erstarken des christlichen Bewußtseins zeigt. Ende März erging an die Anstalten ein

Befehl, zu erwägen, unter welchen Voraussetzungen den Schülern die Teilnahme an den religiösen Übungen im Sinne des Erlasses von 1870 freizustellen wäre, „wobei jedoch diejenigen Schüler, die an solchen Übungen teilnehmen wollen, dies zu Anfang des Schuljahres ihrer Anstaltsdirektion zu melden haben und hiedurch zur ordnungsmäßigen Teilnahme verpflichtet sind“ — also die Freiheit zum Nichtbekennen selbstverständlich, die Freiheit des Bekennens mit veratorischen Klauseln umgeben. Am 12. April dekretiert Glöckel: „Jeder Zwang zur Teilnahme an den religiösen Übungen ist in allen dem Staatsamte für Inneres und Unterricht unterstellten mittleren Lehranstalten und allgemeinen Volk- und Bürgerschulen untersagt. Die Nichtteilnahme an einer religiösen Übung darf auf die Klassifikation des Schülers keinen Einfluß nehmen. Gleichzeitig werden jene Bestimmungen der Schul- und Unterrichtsordnung außer Kraft gesetzt, die von der Teilnahme der Schulkinder an den religiösen Übungen und ihrer Ueberwachung durch Lehrpersonen handeln. Es werden von nun an nur solche Lehrpersonen zur Beaufsichtigung herangezogen, die sich freiwillig melden.“ Der Ukas erging auf Kommando der „Freien Schule“, wie es am Tage vorher in dem kommunistischen „Abend“ des Juden Eohn-Cobbert zu lesen war, welcher zugleich schon in unmißverständlicher Weise auf das nahe Fronleichnamsfest hinwies.

„Dieser Zwang“, so sagte Glöckel in einer Versammlung am 7. Juli, „war ungesetzlich und unsittlich“. „Ungeheuerlich?“ In Wahrheit heißt es in den §§ 5 und 48 des Gesetzes von 1869/1883: „Die Verfügungen der Kirchenbehörden . . . über die religiösen Übungen sind dem Leiter der Schule durch die Bezirkschulaufsicht zu verkünden“, „es ist Pflicht der Schulleitung, an der Ueberwachung der Schulkinder bei den ordnungsgemäß festgesetzten religiösen Übungen durch Lehrer des betreffenden Glaubensbekenntnisses sich zu beteiligen.“ Glöckel setzte sich also skrupellos im Vertrauen auf die Macht und den Terrorismus seiner Partei, über das Gesetz hinweg, weshalb der christlichsoziale Unterstaatssekretär für Kultus, Miklas, seine Entlassung gab, die er dann aber später wieder zurücknahm. Was die „Unsittlichkeit“ des von Glöckel unterstellten „Zwanges“ betrifft, erzählt ein Religionslehrer: Als seinerzeit die Beteiligung der Kinder an der Fronleichnamsprozession vorgeschrieben wurde, stellte in der Lehrerkonferenz einer Bürgerschule „ein der Schule zugewiesener Hilfslehrer, der damals einer der hitzigsten Jungen war und später sich ganz und gar der ‚Freien Schule‘ verschrieben hat“ — sollte es gar Herr Glöckel sein, auf den diese Angaben wie auf keinen zweiten passen? — „den Antrag, die Kinder mit allen Mitteln zur Teilnahme zu zwingen, um ihnen und den Eltern die Beteiligung an der Prozession verhaßt zu machen und so gegen die Verordnung erfolgreicher Stellung nehmen zu können.“

Aber Herr Glöckel in der Pose als Kämpfer für Gewissensfreiheit ist auch sonst sehr verdächtig. Als die christlichen Lehrer im Oktober 1919 gegen die Vergewaltigung der Lehrerschaft in ihrer Weltanschauung gelegentlich der letzten Bezirks-Schulinspektorenernennungen Verwahrung einlegten, ließ man mit Hilfe der Polizei die Adressen der Funktionäre des deutsch-christlichen Lehrervereines feststellen, zitierte sie dann zum Landesschulrat und verlangte von ihnen dort, sie sollten die Verwahrung eigenhändig unterschreiben. Als ein Schulleiter im Dezember 1919 gelegentlich der Unterbringung von Wiener Kindern in Holland den Eltern die pflichtgemäße Mitteilung machte, daß die Holländer christliche Kinder wünschten, verlangten die sozialdemokratischen Eltern, er möge seine Mitwirkung versagen. Als der Leiter erklärte, das gehe gegen seine christliche Ueberzeugung, entstand ein Tumult, es erfolgte die Anzeige an den Ortschulrat, der darauf dem Lehrer „wegen Befundung politischer Gesinnung“ „das Bedauern“ aussprach. Jemand zum Dienste Gottes, des Schöpfers Himmels und der Erde, anhalten, das ist unsittlicher Zwang, das ist gegen

die Gewissensfreiheit; dagegen entspricht es vollkommen der Gewissensfreiheit, die „sie meinen“, wenn der präsente Gott, Herr Glöckel, die Oktavaner aller Wiener Mittelschulen am ersten Jahrestage der Republik, dem 12. November 1919, zu seiner höchst persönlichen Huldigung nach freimaurerischem Zeremoniell in der Aula der Universität versammeln läßt und wenn er bei dieser Gelegenheit wie ein Elefant im Porzellanladen auf allem herumtrampelt, was unserer Jugend heilig ist. Allerdings mußte Glöckel dabei die Erfahrung machen, daß die aus der alten, vielverlästerten Schule hervorgegangene Jugend doch viel selbständiger in ihrem Urteil und viel freierlicher in ihrer Gesinnung ist, als er überall Glauben machen will. Ihnen, vor denen er in jeder Weise Gott, die Eltern, Lehrer und Katecheten ihrer Autorität entkleidet, imponierte auch die Autorität eines Unterstaatssekretärs nicht. „Der Kaiser ist fort, der Adel ist fort!“ rief Glöckel triumphierend aus, „aber dafür beherrschen uns jetzt die Juden!“ tönte es ihm aus der Corona entgegen. „Man hat euch hinausgeschickt zu töten!“, ruft der Freund des Mörders und sozialdemokratischen Parteisekretärs Fritz Adler pathetisch aus. — „Wir sind hinausgezogen, um das Vaterland zu verteidigen!“, halbt es ihm entrüstet entgegen. Von der „reinen Wahrheit“, die der naive Mann ihnen verspricht, genügen der christlich-deutschen Studentenschaft reichlich die Koffproben, die er ihnen eben gegeben hat. Aus dem Glöckelerlaß über die Abschaffung des „Zwanges“ zur Beteiligung an den religiösen Übungen zog die große Protestversammlung der Katholiken Wiens am 27. April die einzig richtige Folgerung: Wenn das so weiter geht, „dann lehnen wir die Staatsschule überhaupt ab und verlangen die katholische, konfessionelle Schule!“

Die Glöckelleute machten gar kein Geheimnis daraus, daß die Verordnung nur ein vorbereitender Schritt zur völligen Abschaffung des Religionsunterrichtes aus der Schule sein sollte. Insbesondere auch durch seine Unklarheit und Unvollständigkeit sollte er offenbar zur Desorganisierung der religiösen Erziehung dienen. Was, wenn alle Lehrer von der gebotenen „Freiheit“ Gebrauch machen und die Ueberwachung beim Gottesdienst verweigern? Wie wird dann der Schulleiter für die vorgeschriebene Ueberwachung sorgen? Wird er einfach erklären: *ad impossibile nemo tenetur* oder sich nach dem Vorbilde seines höchsten Chefs, des Herrn Glöckel, über das Staatsgesetz überhaupt hinwegsetzen? So ziemlich alle Kinder, welche sich vorher an den religiösen Übungen beteiligt hatten, taten es auch nachher; in einer Versammlung für radikale Volksbildungsbestrebungen sagte ein Jude ärgerlich, daß mit den Wienern in religiöser Beziehung nichts anzufangen sei. Umso mehr terrorisierte man die katholischen Lehrer, die treu zum Volke hielten; in Steiermark, und wie es scheint auch anderswo, verlangte man von ihnen sogar einen schriftlichen Revers, daß sich kein Lehrer an der Ueberwachung der religiösen Übungen beteiligen werde. Wiederholt mußte hier die Nationalversammlung einschreiten. Die „Volkszeitung“ mahnte zur Vorsicht wegen der Eltern. Herr Glöckel erklärte, es solle „mit Takt“ vorgegangen werden, er selbst werde bei seinen Reformen „nicht kleinlich“ — das heißt bei ihm: sondern großzügig, radikal! — und im Einvernehmen mit allen politischen Parteien vorgehen. Glöckel ist in solchen Fällen der geborene „Beschwichtigungshofrat“ alten Stiles, bei dem jedoch, im Unterschiede von der alten Zeit, glatte, beruhigende Worte und radikale Ankündigungen immer nebeneinanderstehen. Umso weniger sind die zu entschuldigen, die sich von ihm trotzdem immer wieder täuschen lassen.

Die ganze Gefäßigkeit der herrschenden Judenclique zeigte ein Mäx des niederösterreichischen Landesgubernates, durch welchen unmittelbar vor Fronleichnam, nachdem schon alle Vorbereitungen getroffen waren, die übliche Beteiligung der Kinder von der Schule aus an der Prozession verboten wurde. Die „Volkszeitung“ ging dann gleich einen Schritt weiter und verlangte, daß man wegen des weiten Weges — ist er für die Schule

weniger weit? — und wegen der Unterernährung vieler Kinder — auf dem Lande? — die auf dem Lande übliche Beteiligung der Kinder an den Bittprozessionen einstellen solle. Zugleich machte sie aufmerksam, daß wohl auch das Schulgebet zu den religiösen Übungen gehöre, man könne wohl, wie in vielen Schulen des Auslandes, an dessen Stelle in den Oberklassen ein religiöses Lied singen lassen — oder einen frommen Spruch, meinte Herr Glöckel in der Nationalversammlung. Wie weit das Judentum in Oesterreich in seiner Annäherung schon zu gehen wagt, zeigt die Forderung Dr. Dfners im „Morgen“, ein Fundamentaldogma des Christentums zu vertuschen, indem er klagt, daß die Seele der christlichen Kinder „durch die unwahre Erzählung vergiftet wird, daß die Juden Christum gekreuzigt haben“, da doch tatsächlich „im Aufstand, dessen tragisches Opfer der zum König ausgerufenen Führer wurde, die Parteien in Judäa gegeneinander standen“; in diesem Sinne solle man die Kinder in der Schule „wahrheitsgemäß“ unterrichten, erst dann werde die Pogromgefahr aufhören. „Ein neues Evangelium, jüdische Reformforderungen an den christlichen Unterricht“, überschreiben die „Wiener Stimmen“ zutreffend diese Mitteilung, zugleich eine gute Erläuterung dafür, was Herr Glöckel sich unter der „reinen Wahrheit“ denkt, die er am 12. November den Mittelschülern in Aussicht stellte. 100 Agitatoren der „Freien Schule“ überschwebten im Mai 1919 Wien mit 100.000 Flugschriften, in denen die Abschaffung des Religionsunterrichtes überhaupt gefordert wurde. „Vor Gericht ziehen sollte man jene Eltern“, sagt Victor Hugo, „die ihre Kinder in Schulen schicken, in denen nicht in Religion unterrichtet wird“. Und unsere Diktatoren möchten am liebsten dem Volke keine andere Wahl lassen im demokratischen Staat, der Religions- und Gewissensfreiheit und das Selbstbestimmungsrecht, also auch das der Eltern, auf seine Fahne schreibt.

Ein Raubreif fiel in die sozialdemokratischen Frühlingsträume, als die Wahlen in den Wiener Lehrerrat, trotz übermenschlicher Anstrengungen Glöckels, den christlich gesinnten Lehrern die Mehrheit brachten; „einfältige“ Menschen, schalt Herr Musteritz die christlichen Lehrer, welche sich dem Judenjoche nicht beugten, sie, die es gewagt hatten, sich als „christlich“ und „deutsch“ zu bekennen, da der Jude doch weder Christen noch Deutsche haben will, sondern nur solche, die zur Fahne Israels schwören. Israel schwört Rache: „Es ist zweifellos richtig, daß mit diesen Schulleitern die Schulreform nicht zu machen ist und daß für die Sozialdemokraten in der Wiener Gemeindeverwaltung die Pflicht besteht, daß für die Werkzeuge des alten Geistes Ersatz geschaffen werden muß.“ Scheidet ein Schulleiter aus, so ist ein „Nichtklerikaler“ zu ernennen; zu provisorischen Lehrkräften müssen „Freisinnige“ ernannt werden; der Bezirksschulrat wird sorgen müssen, daß „in die verpfaßten Schulen ein neuer Geist einzieht“; die Bezirksschulräte müssen unbedingt dafür sorgen, „daß alle Ausschüsse ausgesprochen sozialdemokratische Mehrheiten erhalten“ und deshalb die proportionelle Verteilung der Mandate ablehnen.

6. Bolschewitsche Pädagogik. Sexuelle Aufklärung. Den neuen Geist hatte offenbar jene Lehrerin in der Rymphengasse 7 schon gut in sich aufgenommen, welche am Jahrestage der Republik, am 12. November, von einem katholischen Kinde vor katholischen Kindern ein Gedichtchen hersagen ließ, dessen zweite Strophe lautete: „Nieder drum mit dem Betrüger, der den Geist in Fesseln schlägt, — Der die Gifstaat blinden Glaubens in der Jugend Herzen legt, — Der das Fundament der Freiheit aller Orten unterwühlt — Und mit seinem Trug vom Himmel armen Volk die Freiheit stiehlt.“ Die Juden würden sich so etwas in ihrer Schule nicht gefallen lassen, und mit dem „blinden Glauben“ war offenbar der an das margitische Evangelium auch nicht gemeint. Ein neuer Geist — woher? — war auch schon in jenen beiden Kindern, die „Vater und Mutter spielten“ und von der braven, in ihrem Inneren entsehten Lehrerin zur Rede gestellt, frech antworteten:

„Was geht dich das an, das tuft du ja auch jede Nacht mit einem Mann!“ Man sieht, die Früchte reifen schnell. Wie weit sind wir denn noch von der ungarischen Bolschewikenschule entfernt, die wir früher geschilbert haben? Die Ungarn, die es wissen müssen und die hieher kommen, sagen uns: Nur einen kleinen Schritt!

Was die sozialdemokratisch gesinnten Lehrer sich jetzt schon an „ferneller Aufklärung“ leisten, weiß niemand zu sagen. Noch am 18. Jänner 1919 sprach sich das Staatsamt mit gediegener, ausführlicher Begründung, in der alle Gesichtspunkte voll zu ihrem Rechte kamen, gegen eine unterschiedslose, fernelle Aufklärung aus, wie man sich ja allmählich überhaupt darüber einig geworden ist, daß sie zwar notwendig werden kann, dann aber nur gelegentlich und von berufener Seite zu geben ist, wobei Vater und Mutter vor allem in Betracht kommen; die wahllose, allgemeine Aufklärung führt ja gerade das herbei, was im Interesse der Sittlichkeit und der Gesundheit vermieden werden soll — vgl. die Medizinstudenten. Schon Ende Oktober mahnte ein christliches Blatt, Glöckel plane mit seinen Elternräten offenbar einen Vorstoß nach dieser Richtung. Als dann aufs Bestimmteste verlautete, daß eine allgemeine Aufklärung durch — natürlich jüdische — Schulärzte geplant sei, forderte der Wiener Katechetenverein die Eltern einmütig zum äußersten Widerstande auf und legte in seiner Entschließung die richtigen Grundsätze über die heikle Frage dar. Die Herren Juden, denen im neuen Staate der Weizen so wunderbar blüht, daß sie glauben, an der Canalisierung der christlichen Jugend und an der Freilegung der Bahn für ihre tierischen Gelüste ruhig weiterarbeiten zu können, ließen sich aber nicht stören. Durch „biologische Aufklärung“, so lautete der gewählte Ausdruck, sollten den Kindern die Gleichheit von Mensch und Tier zum Bewußtsein gebracht und jede Scham und Sittlichkeit untergraben werden. Der Bezirkschulrat, der zu einem solchen Attentat auf die Elternrechte in keiner Weise befugt sein kann, war es, der anfangs November die allgemeine „Aufklärung“ durch die Schulärzte selbstherrlich dekretierte und den Ärzten nur eine Verständigung über die genaueren Modalitäten freilassen wollte. Die arischen Ärzte verweigerten jedoch ihre Mitwirkung, so daß die Kinder einfach der Schamlosigkeit jüdischer Ärzte ausgeliefert gewesen wären. Von allen Seiten regnete es Proteste. Der katholische Schulverein, der Volksbund, der Bürger- und Ständerat, ein namhafter Wiener Gelehrter, der Professor der Hygiene Roland Graßberger, die „Neue Freie Presse“ und selbst ein sozialdemokratischer Arzt, Dr. Keller, wandten sich entschieden dagegen. Man sollte endlich einmal der öffentlichen Unsitte entschieden zu Leibe rücken, so wurde von verschiedenen Seiten bemerkt, dann werde die fernelle Aufklärung von selbst überflüssig werden. Katholische Mittelschüler machten gleich ernst damit; sie gingen in die Geschäfte, kauften in den Schaufenstern liegende, schamlose Darstellungen, zerrissen sie vor den Augen aller und warfen sie dem Geschäftsinhaber zu Füßen; molestierende Judenjünglinge wurden von den Kameraden der Studenten in Schach gehalten.

7. Terrorisierung der christlichen Lehrerschaft. Unterdessen verfolgte Glöckel seine Pläne mit Zähigkeit weiter. Anfangs Oktober wurden an der Wiener Lehrera Akademie eine ganze Anzahl tüchtiger Schulmänner von Herrn Glöckel, für den, wie er immer wieder behauptet, nur die Tüchtigkeit in Betracht kommt, ohne Begründung von der Wiederverwendung ausgeschlossen, anderen bewährten Kräften nur ein Mindestmaß von Stunden zugewiesen. An ihre Stelle kam der christliche Professor Dr. Winkler, sonst aber lauter Sozialdemokraten und zwei Juden, Grünberg und Max Adler, während die christlichen Lehrer mindestens Doppelsezung, mit je einem christlichen und nichtchristlichen Lehrer für die Weltanschauungsfächer wünschten. Zugleich wurde den Lektoren das Honorar pro Stunde und Jahr von 3000 auf 6000 Kronen erhöht. Dazu schrieb die „Reichspost“: „Es ist das erstemal, daß man es in Oesterreich unternimmt, durch jüdische Professoren

die Weiterbildung der Lehrer niederer Schulen in philosemitischem Sinne zu beeinflussen, also ein gelungener Vorstoß der Freimaurer. Während sich das Judentum vom Lehramt der niederen Schule, weil mühsam und wenig rentabel, gänzlich fernhält, sucht es auf diese Weise sich des notwendigen Einflusses auf die Volksseele zu vergewissern."

Direkt ein „Verwaltungs-skandal“, wie das „Deutsche Volksblatt“ es nennt, war die zur gleichen Zeit erfolgte willkürliche Abschiebung von zehn Bezirksschulinspektoren, welche nach einem Beschlusse der Nationalversammlung das Recht hatten, bis zum Ende ihrer Amtsperiode im Amte zu bleiben. An ihrer Stelle wurde kein einziger christlicher Bewerber, sondern lauter Sozialdemokraten und Freunde des Herrn Glöckel ernannt, von denen kaum einer bisher seine Fähigkeiten ausgewiesen hatte. Und doch ist, nach Glöckel, das Vertrauen der Lehrerschaft das wichtigste und sollen die Inspektoren die eigentlichen Führer der Lehrerschaft sein: auf diese Inspektoren hat aber die Mehrzahl der Lehrer nicht das geringste Vertrauen. Verdienstvolle Schulmänner wurden durch den ganzen Vorgang in ihrem Rechte und in ihrer Ehre schwer gekränkt, der Landes Schulrat vergewaltigt und der Beschluß der Nationalversammlung einfach ignoriert. Das ist der Rechtsstaat Oesterreich.

Am 15. November wurde in einer Massenversammlung des katholischen Schulvereines gegen die sozialdemokratischen Schulreformen folgende Entschließung angenommen: „Die Versammlung legt gegen die überstürzten Schulreformen des Staatsamtes für Unterricht Verwahrung ein, da diese Reformen den Grundforderungen der Wissenschaft, des Glaubens und des Lebens widersprechen und ohne Befragen des Elternhauses, der Lehrerschaft und der berufenen Vertreter des Volkes vom Herrn Staatssekretär mit einem Kreise seiner Vertrauensmänner und Parteigenossen ausgedacht und auf bürokratischem Wege der Schule aufgezwungen sind. Sie spricht sich für die konfessionelle Schule, die allein der wahren Gewissensfreiheit entspricht, sowie für die Beibehaltung von religiösen Uebungen, Schulgebet, Kirchenbesuch und Sakramentenempfang als notwendigen Bestandteilen des religiösen Lebens, zu dem unsere Jugend erzogen werden muß, aus. Mit Entrüstung hat das katholische Elternhaus von dem Plane vernommen, die heranwachsende Jugend durch Schulärzte über die Geheimnisse des Geschlechtslebens aufklären zu lassen. Dieser Plan widerspricht ebenso sehr dem natürlichen Schamgefühl der Kinderseele, wie den Grundbegriffen von Sittlichkeit und Anstand, die sich in der abendländischen Kulturwelt herausgebildet haben. Das christliche Sittengebot sieht darin eine schwere Sünde. Gegenüber einem solchen Attentat auf die Seelen der Kinder bliebe dem christlichen Elternhause kein anderes Mittel der Abwehr, als seine Jugend im allgemeinen Schulstreit von den Anstalten, die sich zu so freveln Freimaurerexperimenten hergeben, fernzuhalten.“ In der Organisation seiner roten Lehrergarde ließ sich Glöckel unterdessen natürlich nicht beirren. Um einen zuverlässigen Folgeapparat zu beschaffen, klagte sich Glöckel, aller Demokratie zum Hohne, ein Zusammensetzungssystem für die Lehrerkammer aus, durch welches er unter dem Scheine der Loyalität der „freisinnigen“ und sozialdemokratischen Seite ein dem wahren Kräfteverhältnis in keiner Weise entsprechendes Uebergewicht verschaffen konnte. Indem er die Entsendung der Vertreter den Lehrerorganisationen übertrug, wodurch, nebenbei bemerkt, solche, die mehreren Organisationen angehören, mehrere Male, Unorganisierte gar nicht vertreten sind, gab er dem Deutschösterreichischen Uebungsschullehrerbund, der höchstens 2000 Mitglieder zählt, vier Mandate, dem Deutschösterreichischen Lehrerbund, von dessen 22.000 angeblichen Mitgliedern höchstens 12.000 österreichische Staatsbürger sind, 24 Mandate, während der katholische Lehrerbund mit 7000 Mitgliedern nur acht Mandate erhielt und der starke Verein der Lehrer und Schulfreunde ganz leer ausging, nur weil er

keine Reichsorganisation darstellt. Mit Recht verlangte darum anfangs Februar 1920 eine vom Katholischen Lehrerbund einberufene Versammlung katholischer Lehrer und Lehrerinnen, daß die Volksschullehrerkammer die Festlegung des Wahlverfahrens für die Lehrerkammer als einzigen Beratungsgegenstand nehmen und dann ihre weitere Zuständigkeit für erloschen erkläre. Unterdessen hat sich Glöckel von seiner Lehrerkammer ein Votum für die Verstaatlichung der Schule geben lassen. Für die Ungeniertheit und Dreistigkeit, mit welcher Herr Glöckel an den Fäden der Schlinge webt, mit der er das Christentum in der Jugenderziehung zu erdrosseln bestrebt ist, zeigt die Ende Februar bekannt gewordene Tatsache, daß, um Platz für rote Schulleiter zu machen, 120 Schulleiter, die nämlich 1881 und früher die Reifeprüfung abgelegt haben, vom Bezirksschulrat aufgefordert wurden, um Versetzung in den Ruhestand nachzusuchen, widrigenfalls ihre Pensionierung von Amts wegen veranlaßt werden würde.

Erfreulicherweise haben sich auch die christlich-deutschen Mittelschullehrer Österreichs zu einem Verbands zusammengeschlossen, um die gemeinsamen christlichen und vaterländischen Schulideale wirksamer zu verteidigen. An der Wiener Hochschule tut Glöckel alles, was in seinen Kräften steht, um den zugewanderten ostjüdischen Studenten die volle Gleichberechtigung mit den christlichen und deutschen Studenten in der Wahl der Studentenvertretung zu verschaffen, und dadurch die Verjudung der Wiener Universität und aller Intelligenzberufe unaufhaltsam zu machen.

8. Vorstoß für ein Staatschulmonopol. Zu beachten ist, daß auch die Alldutschen, kurzfristig wie sie immer waren, den jüdisch-freimaurerisch-sozialistischen Kulkurkämpfern zu Hilfe eilten, indem die Abgeordneten Straßner, Wutte, Glessin, Schöckner, Ursin, Wedra, Thanner, Wimmer, Grahamer, Kittinger und Müller-Guttenbrunn am 9. April 1919 einen Antrag einbrachten, der nichts geringeres als die Verstaatlichung des gesamten Schulwesens, insbesondere der Volksschulen und Lehrerbildungsanstalten und die Aufhebung und das Verbot von Privatschulen, also ein vollständiges staatliches Schulmonopol zum Inhalte hatte. Nicht weniger als 386 Privativolks- und Bürgerschulen wären davon betroffen worden und das, obschon der Staat auch jetzt schon ein bis ins kleinste gehendes Aufsichtsrecht über alle Privatschulen besitzt und es auch nachdrücklich geltend macht. Wer die treibenden Kräfte kennt, der weiß, daß es sich hier einzig und allein um einen Vorstoß gegen die religiöse Erziehung der Jugend handelt. Im Zeitalter der Freiheit geht von diesen „Freiheitlichen“ ein Vorstoß aus, der auf nichts anderes als auf die Minderung der kostbarsten Freiheit, der Religions- und Glaubensfreiheit, hinausgeht, im Zeichen der Demokratie erleben wir eine Wiederauferstehung des Zwangsstaates, den man tot gesagt hatte, einen Rückschritt in der Auffassung des Staates und des Verhältnisses zwischen Bürger und Staat. „Die Schulen“, sagt Willmann, „sind nicht Einrichtungen des Staates und die Bildungsarbeit ist nicht von ihm in Gang gesetzt; er hat jene und diese vorgefunden und fortgeführt. Der Staat ist nicht der Bildner des Volkes, sondern, wenn er seine Aufgabe recht erfäßt, nur der Verwalter des dem Volke gehörigen Bildungskapitals.“ Tatsächlich sind ja auch die meisten fortschrittlichen Neuerungen im Schulwesen von Privatanstalten ausgegangen und selbst ein Glöckel weiß sich doch schließlich nicht anders zu helfen, als indem er einzelne Schulen, ähnlich den Privatschulen, aus der Masse heraushebt, um an ihnen zunächst seine Kunst zu probieren, wobei er dann in mancher Beziehung, ohne es zu ahnen, zu Formen zurückkehrt, welche der christlichen Erziehungsweisheit schon längst bekannt und geläufig sind. Gegen die leidige Uniformierungssucht, welche der Zwangsidee von der Staatschule meistens zugrunde liegt, sagt der protestantische Pädagoge Cauer: „Immer wieder muß man den Einwand hören, durch Zulassung mehrerer Wege zu einer höheren Bildung werde die geistige Ein-

heit der Nation zerrissen, ein Spalt in die Gesellschaft gebrochen werden. Dieser Einwand ist als Symptom wichtig. Er zeigt, wie unheimlich weit die krankhafte Vorstellung, daß Einheit und Einförmigkeit dasselbe seien, bereits gedrunken ist. Um so mehr ist es Zeit, entgegenzuarbeiten. Und dazu wollen wir uns mit dem Gedanken des englischen Philosophen Stuart Mill, On Liberty, c. 3. stärken: Nichts spricht dafür, daß alles menschliche Dasein nach einem oder wenigen Mustern eingerichtet werden könnte. Wenn ein Mensch eine einigermaßen leidliche Menge von gesundem Verstand und Erfahrung besitzt, so ist seine eigene Art, sich das Leben zu gestalten, die beste, nicht weil sie an sich die beste ist, sondern weil es seine eigene Art ist. Menschliche Wesen sind nicht wie Schafe und selbst Schafe sind nicht ununterscheidbar gleich.“ Bekanntlich hat auch die deutsche Verfassung den Gedanken einer weitreichend einheitlichen Mittelschule fallen gelassen und sich für die Verschiedenheit der Bildungswege ausgesprochen, welche auf die verschiedenen Berufe vorbereiten sollen. Die logische Folge der heute so viel gepriesenen Individualerziehung ist die Schulfreiheit und nicht das Schulmonopol.

Ein Protest der katholischen Zentralvereine vom 14. April gab der Regierung zu bedenken, „daß der einzelne Mensch weder in erster Linie noch ausschließlich nur Mitglied des Staates ist, sondern einerseits in seinem Denken, Wollen und Streben weit über den Staat hinausreicht und andererseits auch Verbänden und sozialen Gemeinschaften angehört, die ursprünglicher als der Staat, wie z. B. die Familie, sind, und weit über den Staat hinausgehen, wie dieses von den verschiedenen religiösen Gemeinschaften, besonders aber von der katholischen Kirche gilt. Daher ist auch das Recht der Eltern und das der Kirche auf die Erziehung der Kinder ein früheres und höheres, als das des Staates. Wenn aber die katholische Bevölkerung dem Staate die Berechtigung, über die staatsbürgerliche Erziehung zu wachen, voll und ganz zugesteht, läßt sie sich die religiösen und elterlichen Rechte auf die Heranbildung ihrer Kinder unter gar keinen Umständen verkürzen. Das katholische Volk hat bisher so manches ihm von Staate wegen zugefügte Unrecht stillschweigend hingenommen in der Voraussetzung, daß die Regierung doch vom besten Willen beseelt sei, die dringendsten Bedürfnisse innerer so schwer geprüften Bevölkerung Deutschösterreichs nach Ordnung, Brot, Kohle und Arbeit zu befriedigen. Die Erhebung des eingangs erwähnten Antrages Straßner zum Gesetze und die damit indirekt verbundene Bedrohung des religiösen Unterreiches wäre der Beweis für das Gegenteil. Dann müßte die gesamte katholische Bevölkerung Deutschösterreichs im Namen der Religion und der Elternrechte und der wahren Demokratie, die mit einem staatlichen Erziehungsmonopol unvereinbar ist, zu den äußersten Mitteln der Abwehr greifen und das gesamte Volk zur Wahrung von Recht und Freiheit aufrufen“. Zahllose Protestversammlungen wurden in diesem Sinne gehalten. Die katholische Presse tat ihre Schuldigkeit; in einer Sitzung vom 24. April lehnte die christlichsoziale Partei den Straßnerischen Antrag einstimmig ab, bald darauf wurde er vom Antragsteller selbst zurückgezogen.

9. Neue Eheanträge und bedenkliche Ehedispensen. Wie in der Schulfrage und im ersten Vorstoß gegen die christliche Ehe ging auch bei den weiteren Vorstößen gegen dieses Bollwerk des Staates ein Teil der Deutschradikalen mit den jüdisch-freimaurerisch-sozialistischen Bannerträgern Hand in Hand. Nach sehr beliebter Methode benützte der sozialdemokratische „Freie Soldat“ des Herrn Skaret die „Ehereform“ im tschechoslowakischen Musterstaat, um den durch die Wahlen zu größerer Macht emporgestiegenen Genossen Deutschösterreichs dieses schöne Beispiel zur Nachahmung zu empfehlen. Schon bald darauf, am 30. Juli, brachte die Genossin Popp im Namen des sozialdemokratischen Verbandes in der Nationalversammlung folgendes Gesetz auf Abänderung des bürgerlichen Gesetzbuches über die Ehe ein:

„§ 1. Die vollständige Trennung einer Ehe dem Bunde nach ist nach den für jenes Religionsbekenntnis geltenden Vorschriften zu beurteilen, dem der Trennungsvererber zur Zeit der Einbringung des Trennungsbegehrens zugetan ist. § 2. Eine gerichtlich geschiedene Ehe ist auf Begehren auch nur eines Teiles von dem für diesen zuständigen Bezugsgerichte ohne Streitverfahren dem Bunde nach dann für aufgelöst zu erklären, wenn mindestens ein Jahr seit der Scheidung verflossen ist und das Religionsbekenntnis des Trennungsverberers nicht entgegensteht. § 3. Alle mit den vorstehenden Bestimmungen in Widerspruch stehenden Vorschriften sind aufgehoben.“ Dazu bemerkt die „Reichspost“: „Das heißt, ein Trennungslustiger brauchte nur zu einer anderen Religion überzutreten, um die Trennung der Ehe einseitig gegen den Willen und ohne Rücksicht auf den Einspruch des anderen Teiles durchzusetzen. Es bliebe dann der Brutalität des Eheflüchtlings, die sich in den meisten Fällen natürlich gegen die Frau richten würde, freigestellt, jeweils durch einen Religionswechsel die Trennung zu erzwingen; ja die Brutalität wäre in diesem Falle noch viel offener, als in den früheren sozialdemokratischen Anträgen, in denen doch noch von einem Einverständnis der beiden Teile die Rede gewesen ist. Alle Einwände, die seinerzeit gegen die Preisgabe des Schutzes der Frau und Mutter erhoben worden sind, gelten daher noch mehr gegenüber diesem Antrage. Das Absonderliche aber an diesem neuen Ehereformantrage ist, daß damit die Sozialdemokraten die Berechtigung konfessioneller Gesetze für die Ehegesetzgebung anerkennen. Für das christliche Volk ist dieser Antrag ebenso unannehmbar, wie seine Vorgänger. Man wird aber die Sozialdemokraten zu gegebener Zeit an dieses ihr Zugeständnis erinnern.“

Mittlerweile hatten die „Ehereformer“ einen anderen Weg gefunden, um den „katholisch Geschiedenen“ die Wiederverheiratung bei Lebzeiten des anderen Teiles von Staats wegen zu ermöglichen. Die niederösterreichische Landesregierung verlegte sich einfach aufs Dispensieren. Das geschah in einem solchen Ausmaße und mit einer solchen Leichtfertigkeit, daß dadurch allein schon die juridische Gültigkeit in Frage gestellt wurde, da eine Dispens den Grundgedanken des Gesetzes nicht zertören darf, sondern nur nach Festlegung des Tatbestandes den Einzelfall, für den der Rechtsgedanke des Gesetzgebers nicht zu gelten scheint, vom Gesetze auszunehmen hat. Darum sah sich selbst das Staatsamt für Inneres und Unterricht veranlaßt, die Landesregierungen aufzufordern, die Schließung einer zweiten Ehe nur dann zu ermöglichen, wenn an die Stelle einer unhaltbar zerrütteten und darum geschiedenen ersten Ehe eine zweite trete, die den Ernst und die Haltbarkeit verspricht, die jede Ehe charakterisieren soll. Zu diesem Zwecke seien die näheren Umstände zu erheben. Es liegt auf der Hand, daß es kein Gesetz gibt, das sich nicht mit solchen Kniffen umgehen ließe. Bezirksrichter Otto Weinberger wies denn auch in der „Reichspost“ (19. Oktober 1919) nach, daß es nach österreichischem Rechte nur eine Dispens von einem auflösblichen Hindernisse gebe, während das in Frage stehende vom Gesetze als unauflöslich anerkannt ist, folglich alle erteilten Dispensen ungültig seien. Leider haben auch einige teils mehr teils weniger führende Persönlichkeiten hier dem christlichen Volke schweres Mergernis gegeben.

Im Dezember 1919 gaben in einer mit riesigem Aufwand vorbereiteten „Massenversammlung“ zum Protest gegen den die Republik beherrschenden „Merkalismus“, zu der sich jedoch nur ein paar hundert Stammgäste eingefunden hatten, die „Ehereformer“ nach der Reihe noch einmal ihre Sprüchlein zum besten. Die Pöpp war verdrießlich, weil sogar die radikalsten Elemente am Hochzeitsstag vor den Priester treten und damit allen „Fortschritt“ und Radikalismus verleugnen. Winternigg klagte, daß in seiner salzburgischen Heimat die „Schwarzen“ noch so viel stark seien, der großdeutsche Waber sagte, daß die Großdeutschen auf die Bauern Rücksicht nehmen müßten, die „sittlich einfacher“ und „ganz falsch erzogen“ von der

„Ehereform“ nichts wissen wollten; dem Schriftführer des Vereines, Konzal, lagen die Volksmissionen schrecklich im Magen und die während seiner Rede erfolgenden Zwischenrufe aus der illustren Versammlung „Demoliert die Kirchen!“, „Werft diese Missionäre hinaus!“, „An die Laterne mit ihnen!“ brachten ihm sichtlich Erleichterung. Ein Geistlicher in Zivil, der sich als Gegner zum Worte gemeldet hatte und in ruhiger, versöhnlicher Weise auf die traurigen Folgen einer Lockerung des Ehebandes hinwies, wurde durch Rufe wie „Reichspostschwein!“, „Schlagt den Hund nieder!“ fortwährend unterbrochen, tödlich bedroht und konnte seine Rede nicht zu Ende führen.

10. Sozialisierung der klösterlichen Krankenhäuser. Eine besondere Bosheit leistete sich noch das unter dem Beamten-Unterstaatssekretär Doktor Zandler, einem Juden, stehende Staatsamt für Gesundheitspflege, indem es im November 1919 an die Landessanitätsräte den Entwurf eines Krankenanstaltsgesetzes schickte, der einer verkappeten, kostenlosen Säkularisierung und staatlichen Beschlagnahme der klösterlichen Krankenhäuser gleichkam, indem er zwar die bisherigen Eigentümer äußerlich in ihrem Besitze beließ, sie aber jedes Verfügungsrechtes über ihr Eigentum und jedes Einflusses auf die wirtschaftliche Verwaltung, auf die Verteilung der Aemter und die Leitung der Anstalten beraubte. Es ist ausgeschlossen daß ein solcher Antrag jemals Gesetz wird.

Der Vollständigkeit halber sei noch darauf hingewiesen, daß an den Mittelschulen auch die Pos-von-Rom-Leute wieder ihr Unwesen treiben. Schon jetzt sind über zwanzig Flugschriften im Umlauf, die sich alle gegen den „Alerikalismus“ wenden. Wie soll man da an den Ernst des Kampfes dieser freimaurerischen-Judenten um die Befreiung des christlich-deutschen Volkes von dem unerträglichen Judenjoch glauben? Spotten ihrer selbst, und wissen nicht wie.

Das sind in großen Zügen die Hauptvorstöße gegen die christliche Weltanschauung der erdrückenden Mehrheit der österreichischen Bevölkerung, wie sie von dem jüdisch-freimaurerisch-sozialistischen Künig, dem die Kurzsichtigkeit der Bevölkerung das Land bei den letzten Wahlen ausgeliefert hat, unternommen werden. Die kleinen, alltäglichen Verationen, die daneben einhergehen, sind Legion. Die Ernüchterung erfährt immer weitere Kreise und die Widerstandsfähigkeit des christlichen Volkes gewinnt täglich an Spannkraft. Es herrscht ein reges Vereinsleben die Volksorganisationen werden immer mehr ausgebaut, die roten Diktaturgelüste begegnen steigendem Widerstand, die Haupttschlachten werden in der Nationalversammlung in den Verfassungskämpfen geschlagen werden. da auch für die religiöse Zukunft Oesterreichs die Bestimmungen der endgültigen Verfassung auf lange Zeit hinaus grundlegend sein werden.

Bericht über die Erfolge der katholischen Missionen.

Von Peter Ritzko, Professor in Wien (O.-De.).

I. Einleitung.

Der Redaktion und der Verwaltung der „Katholischen Missionen“ ist eine außerordentliche, aber wohlverdiente Auszeichnung zuteil geworden, die nicht nur für diese Zeitschrift, sondern für die ganze deutsche Missionsbewegung überaus ehrend ist. Die Auszeichnung besteht in einer herzlichen Anerkennung der Bestrebungen der Zeitschrift und in einer dringenden Anempfehlung derselben durch die oberste Behörde in Missionsfachen. Das Schreiben lautet: „War die großartige und